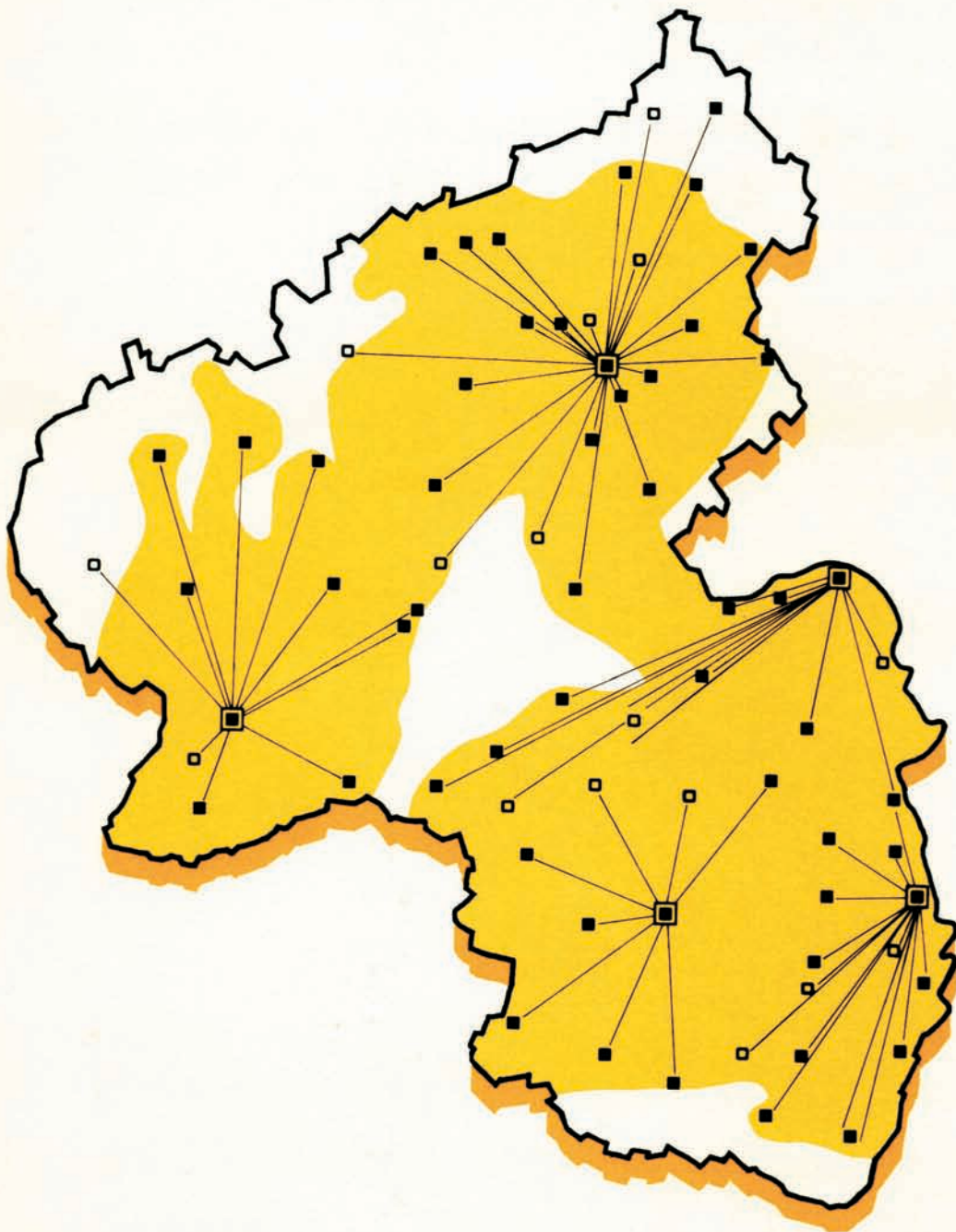


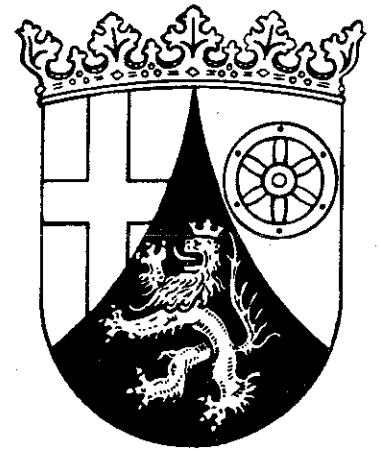
Rheinland-Pfalz



Staatskanzlei

Raumordnungsbericht 1979 der Landesregierung Rheinland-Pfalz





Raumordnungsbericht 1979

der Landesregierung Rheinland-Pfalz



Herausgegeben 1979
von der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz – Oberste Landesplanungsbehörde –, Mainz
Vervielfältigungen jeder Art, auch auszugsweise, sind nur mit Quellenangabe gestattet
Herstellung: Druckhaus Schmidt & Bödige, Mainz
Kartographie: Dr. Otto C. Strecker KG, Pfungstadt

Vorwort

Die Landesregierung legt nunmehr zum 7. Mal dem Landtag einen Raumordnungsbericht vor; sie setzt damit die im Jahre 1967 begonnene Berichterstattung fort.

Der Raumordnungsbericht 1979 geht ausführlich auf die Entwicklungstendenzen der beiden letzten Jahre und die strukturpolitischen Maßnahmen der Landesregierung ein, um die zum Teil wesentlich veränderten Bedingungen für die räumliche Weiterentwicklung des Landes aufzuzeigen. So haben z. B. stagnierende oder gar rückläufige Bevölkerungszahlen, veränderte wirtschaftliche Wachstumsraten und verstärkte Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen den sozialen und politischen Rahmen für die räumlichen Entwicklungsprozesse in unserem Land verwandelt. Der Raumordnungsbericht 1979 macht deutlich, daß die Landesregierung zu jedem Zeitpunkt die erkennbaren Tendenzen analysierte, daraus folgenden nachteiligen Wirkungen mit Maßnahmen der Landesentwicklungsplanung entgegentrat und die positiven Wirkungen unterstützte.

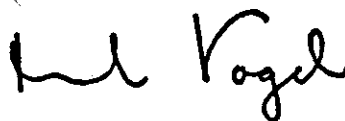
Die Landesregierung versteht dabei die Landesentwicklungsplanung als integrierenden Teil ihrer Gesamtpolitik. Dementsprechend sind vielfältige raumbedeutsame Einzelmaßnahmen, wie beispielsweise die Förderung der Wirtschaft, die Verbesserung der Agrarstruktur, der Ausbau des Straßennetzes, die Sanierung der Städte und Dörfer und die Umweltpolitik in die landesplanerischen Gesamtkonzeptionen eingebettet. Wegen des geschälerten Entwicklungspotentials hat sich das Bedürfnis, die raumwirksamen Investitionen der einzelnen Fachbereiche zu koordinieren, erhöht.

Die Landesregierung tritt auch auf dem Hintergrund veränderter Rahmenbedingungen nach wie vor für den Ausgleich unter den einzelnen Regionen, also für gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen, ein. Vorstellungen von einer passiven Sanierung ländlicher Räume hat sie eine klare Absage erteilt; andererseits war sie bemüht, die räumliche Struktur in den wirtschaftsstarken Verdichtungsräumen zu stabilisieren.

In besonderem Maße geht der Raumordnungsbericht 1979 auf die Bevölkerungsentwicklung, die wirtschaftlichen Tendenzen und die Arbeitsmarktsituation ein. Hieraus ergeben sich Schwerpunkte für die Arbeit der nächsten Jahre. Der Raumordnungsbericht 1979 wird dazu beitragen, die Entscheidungsgrundlagen hierfür durchsichtiger zu machen.

Mainz, den 20. Dezember 1979

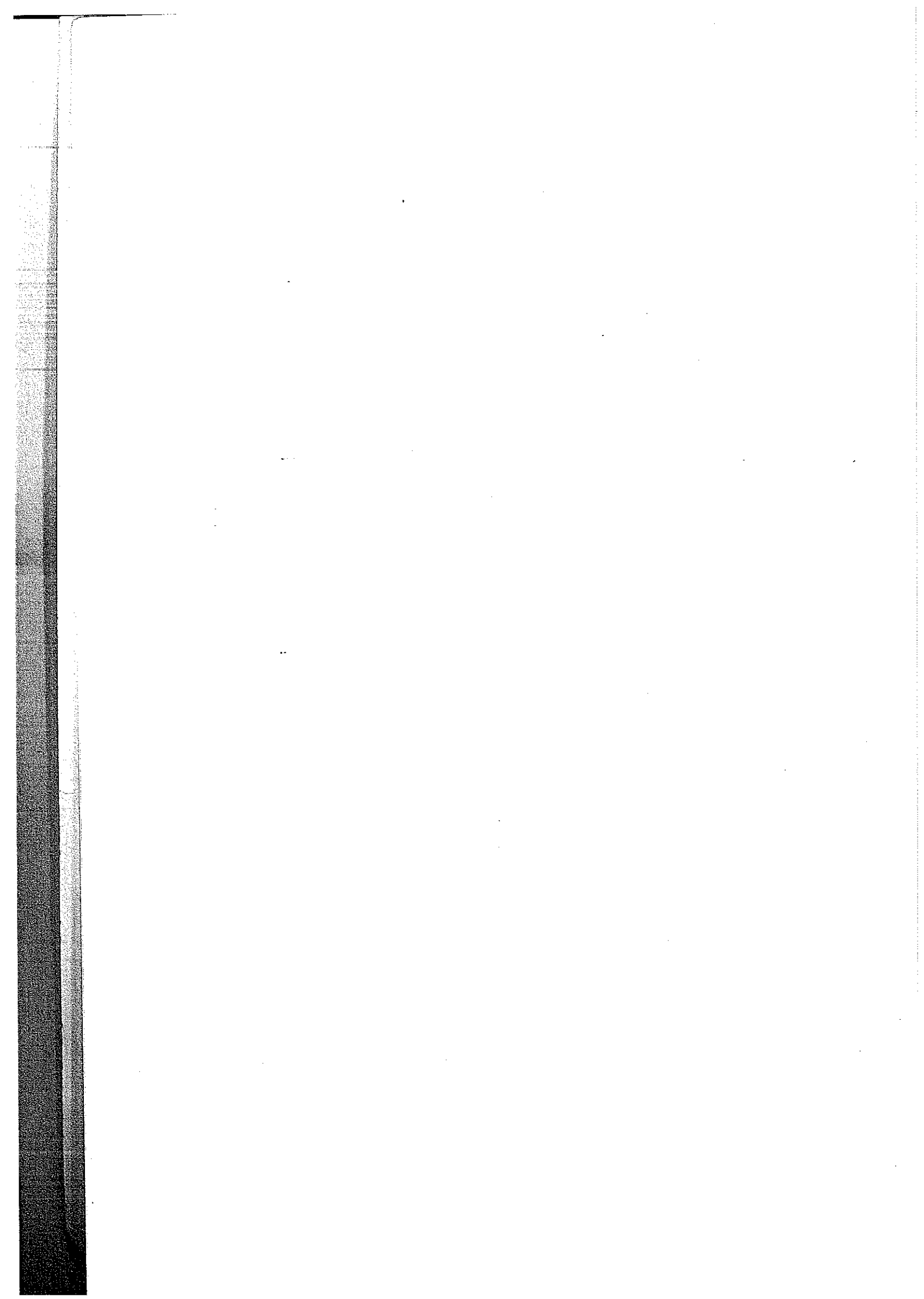
Der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz



Dr. Bernhard Vogel

Inhaltsverzeichnis:

Raumordnungsbericht 1979 der Landesregierung Rheinland-Pfalz	Seite
Einführung	11
1. Entwicklung der Gesamtstruktur	13
2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	17
2.1 Bevölkerungsentwicklung	17
2.2 Langfristige Auswirkungen des Geburtenrückgangs	23
2.3 Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit	24
2.4 Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe	26
2.5 Regionale Entwicklung der Arbeitslosigkeit	30
2.6 Berufliche Bildung	33
3. Wirtschaftlicher Ausbau und Erschließung des Raumes	39
3.1 Verbesserung der Wirtschaftsstruktur	39
3.2 Strukturverbesserung der Land- und Forstwirtschaft	44
3.3 Verkehrserschließung	54
3.4 Wasserversorgung, Wasserwirtschaftliche Rahmenplanung	66
3.5 Energieversorgung und Rohstoffsicherung	69
3.6 Stärkung des Fremdenverkehrs	73
4. Ausbau der ortsbezogenen Infrastruktur	75
4.1 Zentrale Orte, Städtebau und Wohnungswesen	75
4.2 Kulturelle Ausstattung	77
4.3 Sozial- und Gesundheitswesen, Sport und Freizeit	85
5. Verbesserung der Umweltbedingungen	91
5.1 Umweltschutz allgemein	91
5.2 Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung, Gewässer, Deiche und Dämme, Hochwasserschutz	91
5.3 Immissions- und Strahlenschutz	93
5.4 Landespflege	97
6. Entwicklung der Raumordnung und Landesplanung	101
6.1 Landesentwicklungsplanung	101
6.2 Regionalplanung	102
6.3 Raumordnungsteilpläne	103
6.4 Raumordnerische Abstimmung	104
6.5 Raumforschung und Grundlagenplanung	105
6.6 Weiterentwicklung des Raumordnungsrechts	106
7. Raumordnerische Zusammenarbeit über die Landesgrenzen	108
7.1 Europäische Raumordnung	108
7.2 Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten	108
7.3 Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern	110
7.4 Zusammenarbeit mit den Nachbarländern	111
8. Anhang	113
8.1 Tabellen	113
8.2 Zusammenstellung der größeren Untersuchungen und Veröffentlichungen	115
8.3 Entschlüsse der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO)	115



Verzeichnis der Karten

79

Karten Nr.	nach Seite
1 a) Geburtenhäufigkeit 1978 und Veränderung gegenüber 1976	18
b) Geburtensaldo 1978 und Veränderung gegenüber 1976	18
2 Bevölkerungsdichte 1979 und Veränderung 1976-1979	18
3 Bevölkerungsveränderungen 1976-1979	18
4 Bruttoinlandsprodukt 1974-1976	24
5 Industriedichte 1978 und Veränderung 1975-1978	28
6 Arbeitslosigkeit 1978 und Veränderung 1975-1978	32
7 Durchschnittliche Arbeitslosigkeit 1977-1979.	32
8 Problemgruppen der Arbeitslosen	32
9 Geförderte Ausbildungsverhältnisse und Ausbildungsstätten, Abnahme der Jugendarbeitslosigkeit	38
10 Geförderte Arbeitsplätze 1977-1979	38
11 Flurbereinigung Stand 1979.	48
12 A Erreichbarkeit der Oberzentren im Individualverkehr	54
12 B Erreichbarkeit der Oberzentren im öffentlichen Verkehr	54
13 Größere Straßenbaumaßnahmen 1977-1979	54
14 Häfen und Hafenumschlag 1978	64
15 Brücken und Fähren an Rhein und Mosel	64
16 Flugplätze und Flugbewegungen 1978	64
17 Fremdenverkehr 1978.	74
18 Gefördertes Investitionsvolumen im Fremdenverkehr 1972-1978	74
19 Bauleitplanung Stand 1979	74
20 Wohnungsbestand 1978, Wohnungsbelegung 1978	74
21 Nahbereichsuntersuchungen Stand 1979	76
22 Schulen, die zu qualifizierten Abschlüssen führen, im Schuljahr 1978/79	80
23 Öffentliche Hallenbäder und beheizte Freibäder	88
24 Ärztliche Versorgung der Bevölkerung	
a) mit praktischen Ärzten und Ärzten für Allgemeinmedizin	88
b) mit Fachärzten.	88
25 Sozialstationen und ihre Veränderungen seit 1977	88

Verzeichnis der Abbildungen

	Seite
Abb. 1 Entwicklung der Geburtenhäufigkeit 1974-1978.	19
Abb. 2 a) Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen und nichterwerbsfähigen Alter 1977-1992 . . .	22
b) Wohnbevölkerung im Kindergarten-, Schul- und Studienalter 1977-1992	22
Abb. 3 Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe nach Regionen 1970-1978	27
Abb. 4 Fernstraßennetz 1979	55

Verzeichnis der Tabellen

	Seite
1 Bevölkerungsentwicklung 1977 und 1978 nach Kreisen	113
2 Bevölkerungsentwicklung 1977 und 1978 in den Regionen und zentralen Orten	17
3 Wanderungssalden 1970-1978 in Abhängigkeit von der Raumstruktur	20
4 Langfristige Entwicklung der Wohnbevölkerung bei konstanter Geburtenhäufigkeit und ausgeglichener Wanderungsbilanz 1977 - 2050	23
5 Langfristige Entwicklung der Gesamtbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland bei konstanter Geburtenhäufigkeit und ausgeglichener Wanderungsbilanz 1977-2050	23
6 Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Preisen von 1970	24
7 Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und je Einwohner 1978 in den Flächenländern	25
8 Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung in den Regionen 1976	25
9 Beschäftigungsentwicklung im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe sowie im Bauhauptgewerbe 1975-1978	28
10 Entwicklung der Arbeitslosenquote 1977-1979 in den Arbeitsamtsbezirken	81
11 Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Männern und Frauen in den Arbeitsamtsbezirken 1977-1979	32
12 Veränderung der Nachfrage in den berufsbildenden Schulen 1976-1978	33
13 Veränderung der Nachfrage in den Berufsfachschulen nach Regionen 1978/79	35
14 Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsverhältnisse von 1976-1979	36
15 Entwicklung der Ausbildungsverhältnisse nach Wirtschaftsbereichen von 1976-1978	37
16 Ausbildungsplatzsituation in den einzelnen Arbeitsamtsbezirken am 30. 9. 1978	37
17 Förderung von Arbeitsplätzen in den regionalen Aktionsprogrammen	40
18 Zahl und Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe 1970, 1975 und 1978	44
19 Standardbetriebseinkommen der landwirtschaftlichen Betriebe 1976/77	45
20 Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur 1977-1979	46
21 Regionale Verteilung der bewilligten agrarstrukturpolitischen Förderungsmaßnahmen in den Jahren 1977 und 1978	47
22 Bodenordnungsmaßnahmen 1977 und 1978	48
23 Einzelbetriebliche Förderung in der Landwirtschaft	50
24 Geförderte forstliche Maßnahmen 1977 und 1978 nach Regionen	53
25 Häfen mit einem Umschlag von mehr als 1 Mio t.	65
26 Entwicklung der Schülerzahlen nach Schularten 1975-1979	77
27 Anteil der Schüler an den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen 1978/79 in den Regionen	78
28 Förderung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen 1977-1979	93

Einführung.

Gemäß § 17 des Landesgesetzes für Raumordnung und Landesplanung (Landesplanungsgesetz) hat die Landesregierung in einem Abstand von zwei Jahren dem Landtag Bericht zu erstatten über

- die auf die räumliche Entwicklung des Landes einwirkenden Tatsachen und Entwicklungstendenzen,
- die zur räumlichen Entwicklung durchgeführten Maßnahmen.

Der vorgelegte siebente Raumordnungsbericht 1979 erfaßt den Zeitraum vom 1. Juli 1977 bis 30. Juni 1979 und setzt damit die Berichterstattung der bisherigen Raumordnungsberichte fort.

Im Aufbau lehnt sich dieser Raumordnungsbericht weitgehend an die vorhergehenden an. Er gliedert sich in acht Kapitel: Kapitel 1 gibt einen Überblick über die Gesamtstruktur. In Kapitel 2 werden die Entwicklung der Bevölkerung und der Erwerbsstruktur dargestellt. Die Kapitel 3 bis 5 befassen sich mit dem wirtschaftlichen Ausbau und der Erschließung des Landes und seiner Teilräume, dem Ausbau der ortsbezogenen Infrastruktur und der Verbesserung der Umweltbedingungen. Die Kapitel 6 bis 8 gehen auf die raumordnerische Zusammenarbeit über die Landesgrenzen sowie auf die Instrumente der Raumordnung ein.

Die Landesregierung begrüßt es, wenn der Raumordnungsbericht 1979 über die Unterrichtung des Landtags hinaus zur Diskussion über raumordnerische Fragen und Probleme anregt.

1. Entwicklung der Gesamtstruktur

Für die Zielsetzungen der Landesentwicklungsplanung kommt der Bevölkerungsentwicklung, insbesondere dem Altersaufbau, erhebliche Bedeutung zu; so haben beispielsweise die Verschiebungen in der Altersstruktur Rückwirkungen auf die Auslastung der Infrastruktureinrichtungen und die Nachfrage nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen.

Bevölkerung

In den Jahren 1977 und 1978 gingen die **Einwohnerzahlen** in allen fünf Regionen **weiter zurück**. Mit insgesamt 18054 Personen (-0,5%) lag die Bevölkerungsabnahme im Land etwas über dem Bundesdurchschnitt (-0,2%). Der Rückgang ist in erster Linie auf das unverändert niedrige Geburtenniveau, das einen Überschuss der Sterbefälle von 17495 zur Folge hatte, und in geringerem Maße auf den Wanderungsverlust (1074) zurückzuführen. Der Überschuss der Sterbefälle über die Geburten **nimmt tendenziell zu** und erhöhte sich 1978 auf 9683. Im Jahre 1977 trat ein Wanderungsverlust von 2363 ein; 1978 wurde dagegen ein Wanderungsgewinn von 1289 Personen erzielt. Dieser Wanderungsgewinn des letzten Jahres war der erste seit fünf Jahren.

Im Berichtszeitraum hat die Geburtenhäufigkeit weiter abgenommen. **Auf der Grundlage des Geburtenniveaus von 1978 wäre für die langfristige Bestandserhaltung der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz bei ausgeglichenem Wanderungssaldo ein Anstieg der Geburtenhäufigkeit um etwa 52% erforderlich.**

Nach den neuen Ergebnissen der regionalen Bevölkerungsprognose¹⁾ wird sich der seit 1974 anhaltende **Bevölkerungsrückgang** in Rheinland-Pfalz **auch in den nächsten 15 Jahren** mit hoher Wahrscheinlichkeit fortsetzen. **Für das Jahr 1990 ist mit einer Bevölkerung von etwa 3,42 Mio zu rechnen.** Trotz dieses Rückgangs der Gesamtbevölkerung um rund 210000 in den nächsten 11 Jahren wird die **Zahl der Erwerbspersonen²⁾ bis 1983/84 um etwa 38000 auf 1,583 Mio anwachsen.** Danach wird das Arbeitskräfteangebot wieder abnehmen und gegen 1989/90 das Ausgangsniveau von 1977 (ca. 1,545 Mio) erreichen.

Bevölkerungs-
prognose

An dieser Entwicklung wird die besondere Problematik der zu erwartenden Bevölkerungsabnahme deutlich: Einander zugeordnete Bevölkerungsgruppen, wie z. B. Schüler und Lehrer, Erwerbspersonen und Rentner verändern sich nicht im Einklang mit der Gesamtbevölkerung, sondern vielfach entgegengesetzt, weil die jeweilige Bevölkerung sich aus geburtsstarken und geburtsschwachen Jahrgängen zusammensetzt.

Auf längere Sicht, d. h. über das Jahr 1990 hinaus, besteht außerdem **die Gefahr, daß sich der Bevölkerungsrückgang noch beschleunigt.** Die Auswirkungen des veränderten generativen Verhaltens werden erst nach 1990 voll sichtbar, wenn erstmals die ab 1970 schwach besetzten Geburtsjahrgänge ins heiratsfähige Alter kommen. Sofern dann die Geburtenhäufigkeit nicht nachhaltig steigt – wofür derzeit nichts spricht –, wird sich ein neuer Knick in der abwärts führenden Kurve der Bevölkerungszahl ergeben.

¹⁾ Auf diese Bevölkerungsprognose geht das neue Landesentwicklungsprogramm näher ein.

²⁾ Das sind alle im Erwerbsleben stehenden Personen einschließlich der Arbeitslosen.

Wirtschaftskraft

Nach **Überwindung der Rezession** waren die wirtschaftlichen Aktivitäten in den Jahren 1977 und 1978 zunächst von einer **verhaltenen Entwicklung** geprägt. In Rheinland-Pfalz erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt zwischen 1976 und 1978 um 4,2%. **In der zweiten Jahreshälfte 1978 setzte dann ein spürbarer Konjunkturaufschwung ein**, der sich in den ersten Monaten des Jahres 1979 zunehmend verstärkte. Mit einem **realen Bruttoinlandsprodukt¹⁾** von 32630 DM je Erwerbstätigen stand die rheinland-pfälzische Wirtschaft auch im Jahre 1978 wie schon seit dem Jahre 1974 **an dritter Stelle unter den Flächenländern**. Seit 1970 ist diese Kennzahl um 34% gestiegen gegenüber 30% im Bundesdurchschnitt; damit nimmt **Rheinland-Pfalz in der Produktivitätsentwicklung den zweiten Platz unter allen Bundesländern ein**.

Die höchste wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der fünf Regionen weist die Rheinpfalz auf. Deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegt dagegen die Wirtschaftskraft in den Regionen Trier und Westpfalz. Dennoch konnte die staatliche Strukturpolitik in der Region Trier einen sichtbaren Erfolg verzeichnen, da sich deren Entwicklungsrückstand trotz der bis 1976 anhaltenden ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen etwas verringerte.

Beschäftigung im produzierenden Gewerbe

Die **Zahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe²⁾** von Rheinland-Pfalz hat zwischen 1975 und 1978 nur noch um 729, d. h. um 0,2%, **abgenommen**, während die Abnahme im Bundesgebiet 2,7% betrug. Damit hat sich die seit geraumer Zeit zu beobachtende Tendenz einer Verschiebung der Beschäftigten vom Sekundärbereich hin zum Tertiärbereich zunächst nicht fortgesetzt; das ist im Hinblick auf den großen Anteil strukturschwacher Teilräume in unserem Land, in denen der Tertiärbereich noch nicht ausreichend zur Wertschöpfung beitragen kann, zu begrüßen. Von einem relativ starken Beschäftigtenabbau waren die Industrie der Steine und Erden (-9,8%), der Nahrungs- und Genußmittelbereich (-3,6%) sowie die Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie (-3,1%) betroffen. Hinzu kommt allerdings ein Verlust von weiteren 2550 Arbeitsplätzen (-3,5%) im Bauhauptgewerbe. Insgesamt konnte der Rückgang aber durch Verschiebungen zwischen den Branchen des verarbeitenden Gewerbes in Grenzen gehalten werden, da gleichzeitig in der Kunststoff- und Gummiverarbeitung (+6,4%), im Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (+4,6%) sowie bei Holz, Papier und Druck (+3,2%) zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt wurden. Nachdem bereits erste Auswirkungen des Konjunkturaufschwungs auf die Beschäftigung registriert werden konnten, ist auch im weiteren Verlauf des Jahres 1979 mit einer positiven Entwicklung zu rechnen.

Über einen längeren Zeitraum betrachtet hat die Zahl der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe jedoch beträchtlich abgenommen. Verglichen mit dem bundesweiten Rückgang um 15,2% in den Jahren 1970 bis 1978 ist die Entwicklung in Rheinland-Pfalz (-9,8%) aber noch als relativ günstig zu bezeichnen. Regional zeigen sich dabei erhebliche Unterschiede. Der Beschäftigtenabbau in den Regionen Rheinpfalz und Mittelrhein-Westerwald entsprach etwa dem Landesdurchschnitt. Stärkere Arbeitsplatzverluste im verarbeitenden Gewerbe, die allerdings immer noch geringer waren als im Bundesdurchschnitt, mußten die Regionen Rheinhessen-Nahe und Westpfalz hinnehmen. Positiv verlief dagegen weiterhin die Entwicklung in der **Region Trier**, wo sich die Zahl der Beschäftigten im Bereich verarbeitendes Gewerbe entgegen dem Trend auf Bundes- wie auf Landesebene um 10,2% erhöht hat.

Arbeitsmarktsituation

Die **Arbeitslosigkeit konnte im Berichtszeitraum** in allen Arbeitsamtsbezirken des Landes **deutlich weiter abgebaut werden**, wobei sich diese positive Entwicklung besonders in den letzten eineinhalb Jahren verstärkt hat. Ende Juni 1979 erreichte die Arbeitslosenquote im Lande mit 3% den niedrigsten Stand seit September 1974.

Während die Arbeitslosenquote für **Männer im Juni 1979** im Landesdurchschnitt bei 2% lag, womit **weitgehend Vollbeschäftigung** erreicht war, betrug die Quote bei den **Frauen immer noch 4,9%**.

¹⁾ In konstanten Preisen von 1970

²⁾ Darunter wird hier und im folgenden im wesentlichen der produzierende Bereich (Sekundärbereich), d. h. alle Industriebetriebe und Handwerksbetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten einschließlich Bergbau verstanden.

Dem allgemeinen Rückgang der Arbeitslosigkeit entsprechend hat sich auch die **Jugendarbeitslosigkeit** spürbar verringert. Dazu hat die Zunahme der neu abgeschlossenen **Ausbildungsverhältnisse** sehr wesentlich beigetragen: Sie hat sich im Jahre 1977 gegenüber 1976 um 24,7% erhöht und ist 1978 nochmals um 7,9% auf insgesamt 38219 Neueinstellungen angestiegen.

Die **Gesamtzahl der betrieblichen Ausbildungsverhältnisse** im Lande hat mit rd. 94400 einen noch nie dagewesenen **Höchststand erreicht**.

Von 1969 bis Mitte 1979 wurden im ganzen Land im Rahmen der regionalen Strukturverbesserung mit staatlichen Mitteln 357 gewerbliche Produktionsbetriebe neu angesiedelt und 1809 Betriebe wesentlich erweitert. Auf den Berichtszeitraum entfallen davon **84 neu angesiedelte und 290 erweiterte Betriebe** und damit **9532** der insgesamt geförderten **78652 Arbeitsplätze**.

Regionale Wirtschaftsförderung

Für Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur hat das Land von 1969 bis Juni 1979 Zuschüsse von insgesamt 579,9 Mio DM gewährt, davon allein **im Berichtszeitraum 173,1 Mio DM**. Die Zuschüsse des Bundes belaufen sich auf 343,0 Mio DM bzw. auf 87,2 Mio DM im Berichtszeitraum.

Einen wesentlichen **Beitrag zur Verbesserung der Erwerbs- und Wirtschaftsstruktur** hat der Fremdenverkehr geleistet, der in wirtschafts- und strukturschwachen Landesteilen eine wichtige wirtschaftliche Ausgleichsfunktion besitzt. Im Berichtszeitraum hat das gesamte Hotel- und Gaststättengewerbe des Landes erstmals die Umsatzgrenze von zwei Mrd DM pro Jahr überschritten. Mit einem geförderten Investitionsvolumen von rd. 387 Mio DM wurde zur Schaffung von 9810 neuen Gästebetten sowie 1382 Camping- und Caravan-Einstellplätzen beigetragen.

Entwicklung im Fremdenverkehr

Zur **Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum** wurden im Rahmen der **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“** in den Jahren 1977 = 171,1 Mio DM, 1978 = 177,9 Mio DM und 1979 = 186,2 Mio DM bereitgestellt. Die Schwerpunkte der Förderung im Lande lagen bei der Flurbereinigung, den wasserwirtschaftlichen und kulturbautechnischen Maßnahmen sowie bei der einzelbetrieblichen Förderung und der Verbesserung der landwirtschaftlichen Vermarktungsstrukturen; hierfür wurden ca. 90% der eingesetzten Mittel aufgewendet.

Verbesserung der Agrarstruktur

Der **Infrastrukturausbau** wurde auf der Grundlage der punkt-axialen Entwicklungskonzeption des Landesentwicklungsprogramms fortgesetzt:

Ausbau der Infrastruktur

Der Ausbau der **Verkehrsinfrastruktur** stand unter der Zielsetzung, die besondere verkehrsgeographische Lagegunst des Landes im europäischen Raum zu nutzen, die Anbindung an die benachbarten Wirtschaftsräume zu verbessern und gute Voraussetzungen für die Erreichbarkeit der zentralen Orte zu schaffen.

Im Berichtszeitraum lag der **Schwerpunkt des Fernstraßenbaus** in den westlichen und südlichen Landesteilen sowie im Bereich der Rheinachse. Zu nennen sind insbesondere Baumaßnahmen im Zuge der A 63 von Mainz nach Kaiserslautern, der A 60 Lüttich-St. Vith-Wittlich, der A 1/A 62 Hermeskeil-Landstuhl-Pirmasens und der A 8 Saarbrücken-Pirmasens.

Um die Verkehrssicherheit zu verbessern, die Leistungsfähigkeit der Straßen zu erhöhen und die Umweltbelastung zu mindern, hatte der **Bau von Ortsumgehungen** im Rahmen des Straßenbaus besondere Bedeutung.

Im Berichtszeitraum wurden zum Ausbau und zur **Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung rd. 314 Mio DM investiert**; davon rd. 211 Mio DM für Maßnahmen im ländlichen Raum und rd. 103 Mio DM für Maßnahmen im städtischen Bereich. Schwerpunkte waren der Bau von nachfolgenden Fern- und Großraumwasserversorgungsanlagen: Fernwasserversorgung, Rheinhöhen, Fernwasserversorgung Landkreis Neuwied und Altenkirchen, großräumige Wasserversorgung in den Landkreisen Birkenfeld und Kusel (Wasserzweckverband Ohmbachtal) sowie die Fernwasserversorgung im nördlichen Teil der

Region Westpfalz und im Raum Trier. Außerdem das Großberechnungsprojekt „Nördliche Vorderpfalz“.

Der **Gewässerschutz und die Abwasserbeseitigung** wurden mit einem Bauvolumen von rd. 712 Mio DM fortgeführt. Die 1977 begonnenen Abwasserbeseitigungsmaßnahmen berücksichtigen insbesondere die Städte und Abwasserverbände mit über 20000 Einwohnern.

Umweltschutz Ein besonderes Anliegen der Landesregierung war es, bei allen diesen Maßnahmen den **Belangen des Umweltschutzes** Rechnung zu tragen. Im Vordergrund stand dabei die Erwägung, die Landschaft nur in unbedingt notwendigem Umfang in Anspruch zu nehmen, Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und nachteilige Auswirkungen auf das Landschaftsbild zu minimieren sowie auf einen weitgehenden Ausgleich unvermeidbarer Beeinträchtigungen hinzuwirken. Den Maßnahmen zur Reinhaltung des Wassers und der Luft, aber auch zum Schutz der Allgemeinheit vor Lärmbelästigungen, Strahlung und Erschütterung wurde hohe Bedeutung beigemessen.

Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge Auf den drei großen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge – Bildung, Sport und Freizeit sowie Gesundheits- und Sozialwesen – hat das Land seine Investitionsbemühungen durch einen meist schwerpunktmäßigen Ausbau verstärkt.

Die Hauptmaßnahmen der Schulbauförderung, für die das Land beachtliche Förderungsmittel bereitgestellt hat, **lagen in den Bereichen Berufsbildende Schulen, Sonderschulen sowie im Bau von Sportstätten für den Schulbetrieb.** Die **Klassengrößen** wurden vor allem in den Grundschulen **landesweit systematisch gesenkt.** Allein für den **Bau von Schulzentren** wurden Förderungsmittel von rd. 97 Mio DM bereitgestellt. Der schulorganisatorische Ausbau mit dem Ziel, voll gegliederte, in der Sekundarstufe I mindestens zweizügige Schulen zu errichten, wurde weitergeführt. Der weitere Ausbau der drei Universitäten des Landes in Mainz, Kaiserslautern und Trier sowie der Fachhochschule wurde zügig fortgesetzt.

In den Jahren 1977 und 1978 wurden mit Hilfe von Landeszuwendungen insgesamt **414 Anlagen für Sport, Spiel und Freizeit neu errichtet.**

Der Landeskrankenhausplan 1977 wurde schrittweise verwirklicht. Die **Zahl der allgemeinen Krankenhäuser ist von 110 auf 105 zurückgegangen** und die Zahl der Betten hat sich durch den Abbau von Überkapazitäten von 27024 auf 26770 verringert. Durch die Anpassung der Krankenhäuser an die medizinische und technische Entwicklung ist eine leistungsfähige Krankenhausversorgung der Bevölkerung sichergestellt.

Das Netz der Einrichtungen und die Maßnahmen zur Rehabilitation und Pflege Behinderter wurden weiter verbessert.

Im Berichtszeitraum haben **19 weitere Sozialstationen ihre Tätigkeit aufgenommen**, so daß nunmehr 85 Sozialstationen im Lande bestehen.

Die **Ausstattung mit Kindergärten** ist bei einem Versorgungsgrad von 97% **für das Land bis auf den Ausgleich regionaler Unterschiede abgeschlossen.**

Fazit **Zusammenfassend** kann festgestellt werden, daß die Zielsetzungen der Landesentwicklungspolitik auch im Berichtszeitraum ihrer Verwirklichung nähergebracht werden konnten. Der Ausbau der Infrastruktur hat dazu beigetragen, die Funktion der zentralen Orte als Schwerpunkte der öffentlichen und privaten Dienstleistungen weiter zu stärken. Insgesamt erweist sich die Konzeption der Landesregierung als richtig, Maßnahmen zur Entwicklung und Strukturverbesserung im ländlichen Raum intensiv zu fördern, ohne dabei die Belange der Verdichtungsräume zu vernachlässigen.

Das neue Landesentwicklungsprogramm, das die Landesregierung in Kürze verabschieden wird, knüpft an diese Zielsetzungen an und modifiziert sie unter Berücksichtigung der veränderten Rahmenbedingungen und des inzwischen erreichten Ausbaus der Infrastruktur.

2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

2.1 Bevölkerungsentwicklung

Am 1.1.1979 lebten auf den 19839 Quadratkilometern der Landesfläche 3630947 Menschen. Dies entspricht einer Bevölkerungsdichte von 183 Einwohnern je Quadratkilometer. Sie lag damit wie bisher unter dem Bundesdurchschnitt (247) und dem Durchschnitt der Flächenländer (231).

**Bevölkerungsstand
und -dichte**

Seit 1974 hält der Bevölkerungsrückgang ununterbrochen an. In den Jahren 1977 und 1978 verminderte sich die Einwohnerzahl des Landes um 18569 Personen, davon entfielen 17495 auf den Überschuss der Sterbefälle über die Geburten und 1074 auf Wanderungsverlust. Mit 0,5 % lag die Bevölkerungsabnahme des Landes etwas über dem Bundesdurchschnitt (- 0,2 %). Während bei der deutschen Bevölkerung in beiden Jahren die Abwanderungen überwogen, nahmen die in Rheinland-Pfalz wohnenden Ausländer 1978 zu, so daß sich insgesamt in diesem Jahr erstmals seit 1973 wieder ein Wanderungsgewinn in Höhe von 1289 Personen ergab.

Gesamtentwicklung

Von der Bevölkerungsabnahme im Zweijahreszeitraum 1977/78 waren wiederum alle fünf Regionen des Landes, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, betroffen. So ging die Bevölkerungszahl in den Regionen Mittelrhein-Westerwald nur um 0,3 % und Rheinhessen-Nahe nur um 0,2 % zurück, während die Entwicklung in der Region Rheinpfalz (ohne Stadt Worms) dem Landesdurchschnitt (- 0,5 %) entsprach. Hingegen war der Bevölkerungsrückgang in den Regionen Trier und Westpfalz mit - 0,8 % bzw. - 1,3 % überdurchschnittlich stark (s. auch Tab. 2).

Tabelle 2: Bevölkerungsentwicklung in den Regionen und zentralen Orten vom 1.1.1977 bis 31.12.1978

Region	Wohn- bevölkerung am 1.1.1977	Geborenen- bzw. Gestorbenen- überschuß (-)	Wanderungs- saldo		Wohn- bevölkerung am 31.12.1978 ²⁾
			zu- abnahme (-)	1.1.1977-31.12.1978	
Region Mittelrhein-Westerwald	1127840	-6378	3185	-3193	1124747
Region Trier	474676	-1627	-1854	-3481	471195
Region Rheinhessen-Nahe	744511	-2825	1505	-1360	743164
Region Rheinpfalz ¹⁾	773047	-3045	-1068	-4113	769299
Region Westpfalz	528927	-3619	-2842	-6461	522466
Oberzentren	666444	-3346	-5997	-9343	657101
Mittelzentren	977561	-6386	-2015	-8401	969156
Unterkentren	300306	-1401	- 47	-1448	298858
Kleinentren	276608	-1134	552	- 582	276126

¹⁾ Ohne Stadt Worms.

²⁾ Einschließlich Umgliederungen von Gebietsteilen und Berichtigungen von Gemeindeergebnissen.

Die Zahl der lebendgeborenen Kinder, die sich im Jahre 1976 auf 34544 belaufen hatte, ging 1977 zunächst wieder auf 34129 zurück; sie stieg im Jahre 1978 auf 34346. Die Zunahme der Geburten im Jahre 1978 zeigt keine Trendumkehr bei der allgemeinen Geburtenhäufigkeit an. Sie ist vielmehr ausschließlich durch die Veränderung der Altersstruktur bedingt, nämlich dadurch, daß die stärkeren Geburtenjahrgänge bis Anfang der sechziger Jahre in das heiratsfähige Alter kommen.

**Geburten und
Sterbefälle**

Der **Rückgang der Geburtenhäufigkeit** hat sich auch im Berichtszeitraum, wenn auch abgeschwächt, fortgesetzt (s. Karte 1 Geburtenhäufigkeit 1978 und Veränderung gegenüber 1976). Für die Erhaltung der derzeitigen Einwohnerzahl hätten 1978 rund 53600 Kinder geboren werden müssen, also gut 19000 mehr, als tatsächlich registriert wurden.

Die weitere Abnahme der Geburtenhäufigkeit ist wie in den letzten Jahren vor allem auf **zwei sich gegenseitig überlagernde Anpassungsprozesse** zurückzuführen: Das generative Verhalten

- der Bevölkerung in den Landkreisen gleicht sich dem der städtischen Bevölkerung und
- das der Ausländer nähert sich dem der Deutschen an.

Bei einem landesdurchschnittlichen Rückgang der Geburtenhäufigkeit in den letzten fünf Jahren um 5,7% ging die Geburtenhäufigkeit in den kreisfreien Städten um 3,4% und in den Landkreisen um 6,4% zurück. Gleichzeitig verringerte sich der Abstand nicht nur zwischen den Durchschnittswerten für die kreisfreien Städte und Landkreise, auch die Abstände zwischen den Gebietskörperschaften mit der höchsten (Landkreis Daun) bzw. niedrigsten Geburtenhäufigkeit (kreisfreie Stadt Mainz) näherten sich an (s. Abb. 1).

Während die Gesamtheit der kreisfreien Städte seit 1975 eine in etwa konstante Geburtenhäufigkeit aufweist, ist für die Gesamtheit der Landkreise noch eine sinkende Tendenz festzustellen.

Während sich für die deutsche Bevölkerung ein Rückgang der Geburtenhäufigkeit für den Zeitraum von 1974 bis 1978 um 4,1% ergibt, ging die Geburtenhäufigkeit der Ausländerinnen im gleichen Zeitraum um 19,8% zurück. Damit beläuft sich die Geburtenhäufigkeit 1978 der ausländischen Bevölkerung noch auf das 2,1-fache der deutschen gegenüber dem 2,5-fachen im Jahre 1974 und dem 2,4-fachen im Jahre 1976.

Eine weitere Differenzierung der Geburtenhäufigkeit der Deutschen und Ausländerinnen in den kreisfreien Städten sowie den Landkreisen (s. Abb. 1) zeigt, daß der Rückgang der allgemeinen Geburtenhäufigkeit in den letzten Jahren vor allem durch den Rückgang in den Landkreisen (- 6,4%) bewirkt worden ist, der sich für die deutsche Bevölkerung auf 5,1% und für die Ausländerinnen auf 22,6% belief. In den kreisfreien Städten war im Durchschnitt der Rückgang der Geburtenhäufigkeit mit - 3,4% wesentlich geringer und fast ausschließlich durch die ausländische Bevölkerung herbeigeführt (- 15,8%), während die Geburtenhäufigkeit der Deutschen wegen des ohnehin schon niedrigen Niveaus nur geringfügig absank (- 1,2%).

Die seit 1975 in etwa konstante Geburtenhäufigkeit der deutschen Bevölkerung in den kreisfreien Städten läßt vermuten, daß sich hier eine von der städtischen Bevölkerung akzeptierte neue Norm für das generative Verhalten eingeschrieben hat. Ein weiterer, nicht unerheblicher Rückgang der allgemeinen Geburtenhäufigkeit wäre aber auch dann künftig noch aus den Anpassungen der ländlichen und der ausländischen Bevölkerung an das - möglicherweise als Leitbild empfundene - Verhalten der deutschen Bevölkerung in den Städten zu erwarten.

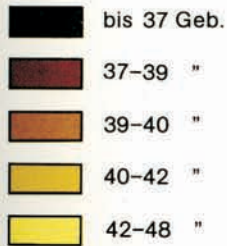
Die **durchschnittliche Zahl der Sterbefälle** blieb im Jahre 1978 mit **121 auf 10000 Einwohner gegenüber dem vorherigen Berichtszeitraum nahezu unverändert.** Hingegen ging die Säuglingssterblichkeit weiter zurück: Während im Jahre 1976 von 10000 Lebendgeborenen 192 im ersten Lebensjahr starben, waren es im Jahre 1978 177 (Bundesdurchschnitt: 147).

Wanderungssaldo Nachdem sich der Abwanderungsüberschuß im Zuge der konjunkturellen Stabilisierung bereits 1976 auf 6614 Personen verringert hatte, schwächte er sich 1977 weiter auf 2363 ab. **Im Jahre 1978 stellte sich erstmals wieder ein Wanderungsgewinn von 1289 Personen ein.** Allerdings mußten die Regionen Trier, Rheinpfalz und Westpfalz in beiden Berichtsjahren Wanderungsverluste hinnehmen. Auf 10000 Einwohner bezogen, liegt die Region Westpfalz mit - 54 am ungünstigsten, gefolgt von der Region Trier

Geburtenhäufigkeit 1978 und Veränderungen 1976–1978

nach Kreisen

Lebendgeborene auf 1000
der 15–49jährigen Frauen



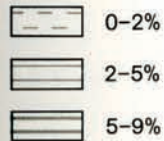
Landesdurchschnitt: 39,6%

Veränderungen 1976–1978

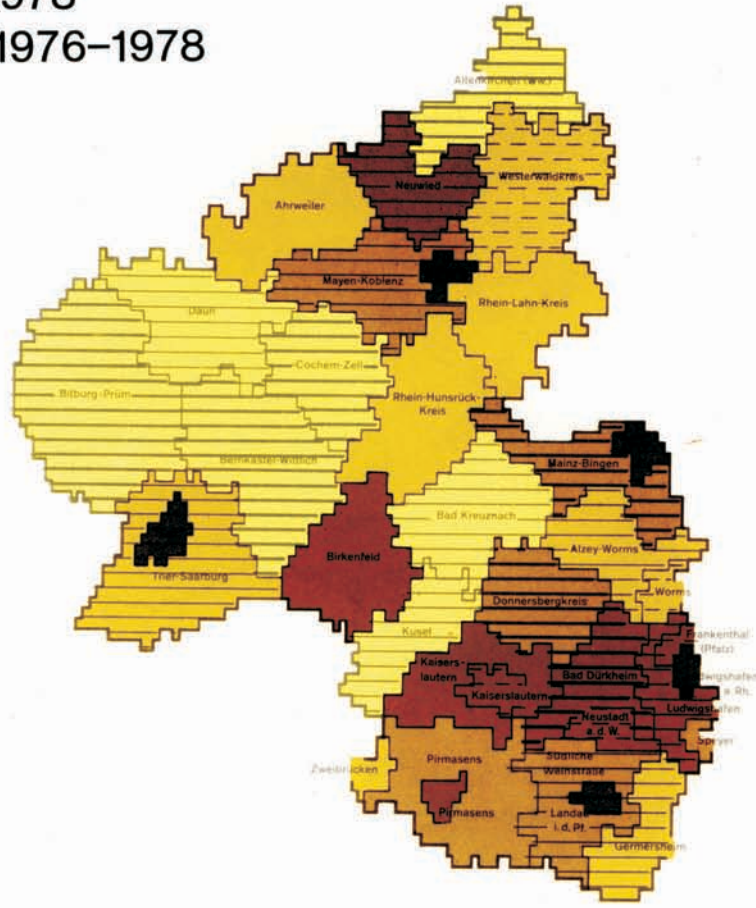
Zunahme



Abnahme



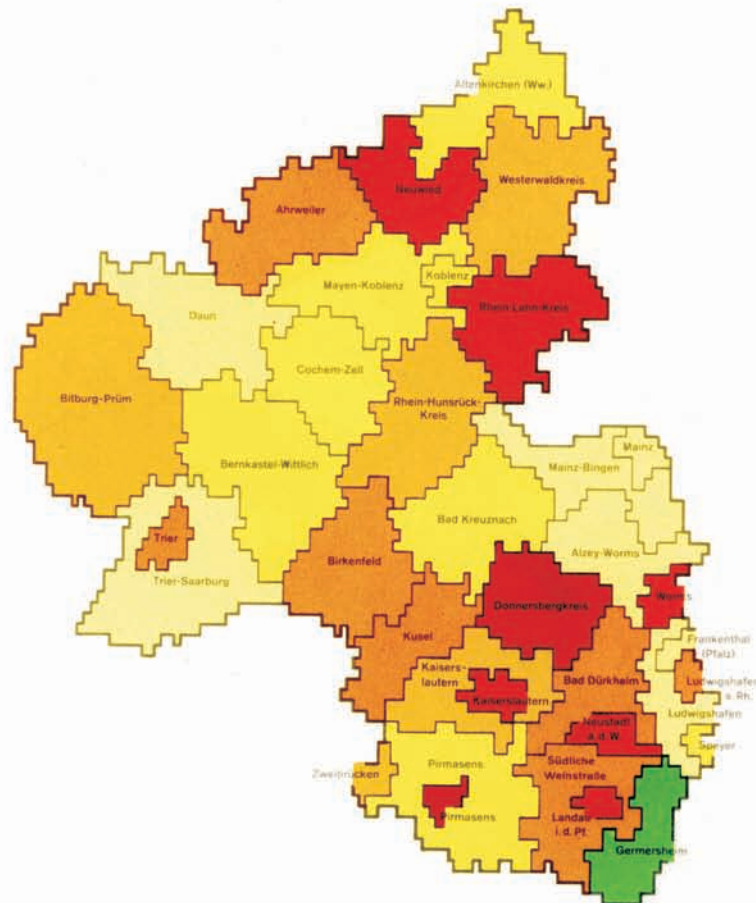
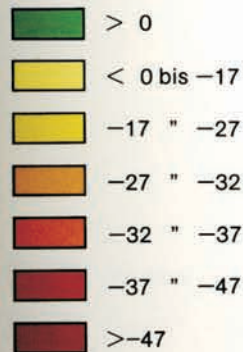
Landesdurchschnitt: –2%

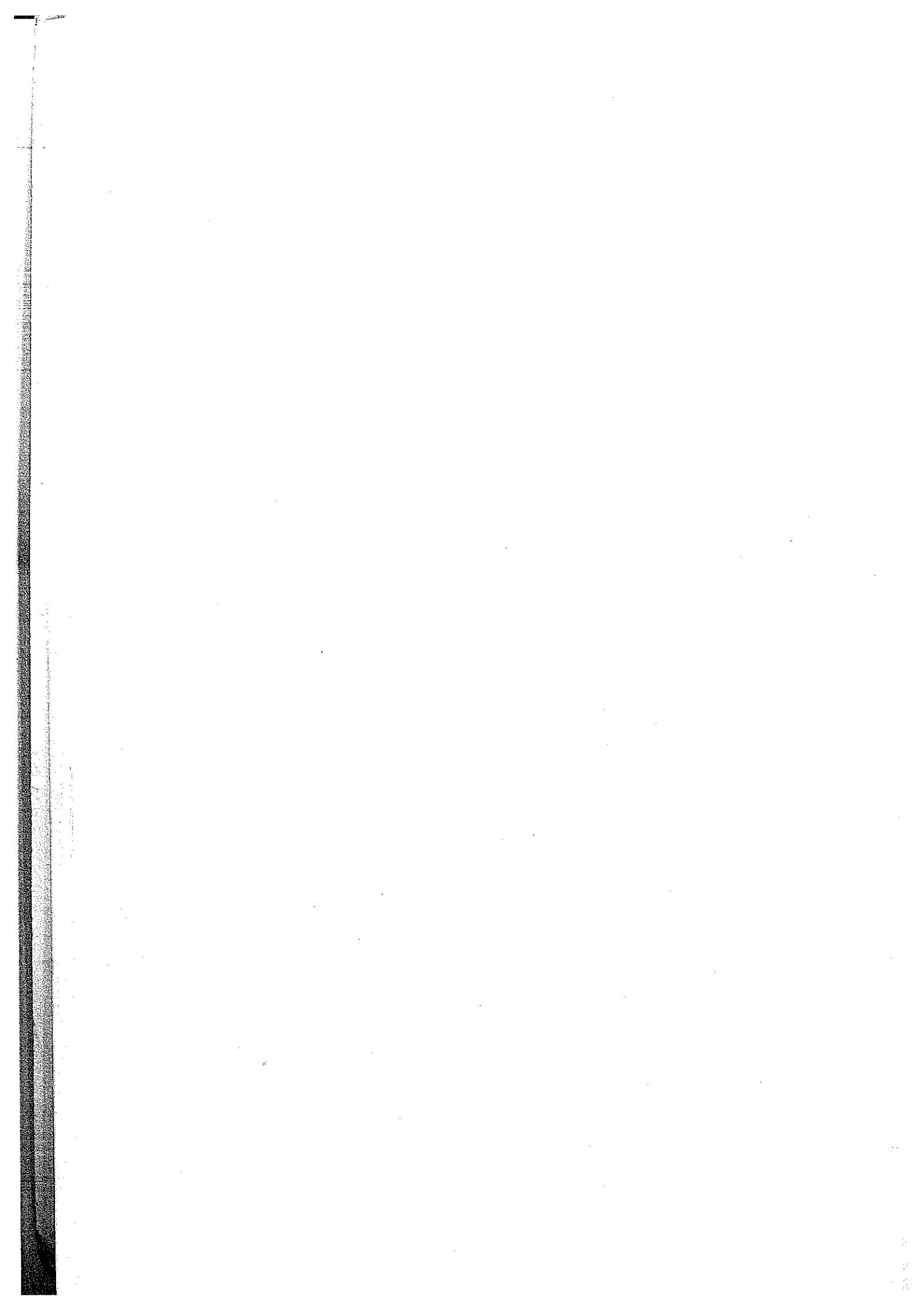


Geburtensaldo 1978

nach Kreisen

Geburtensaldo je 10 000 Einw.





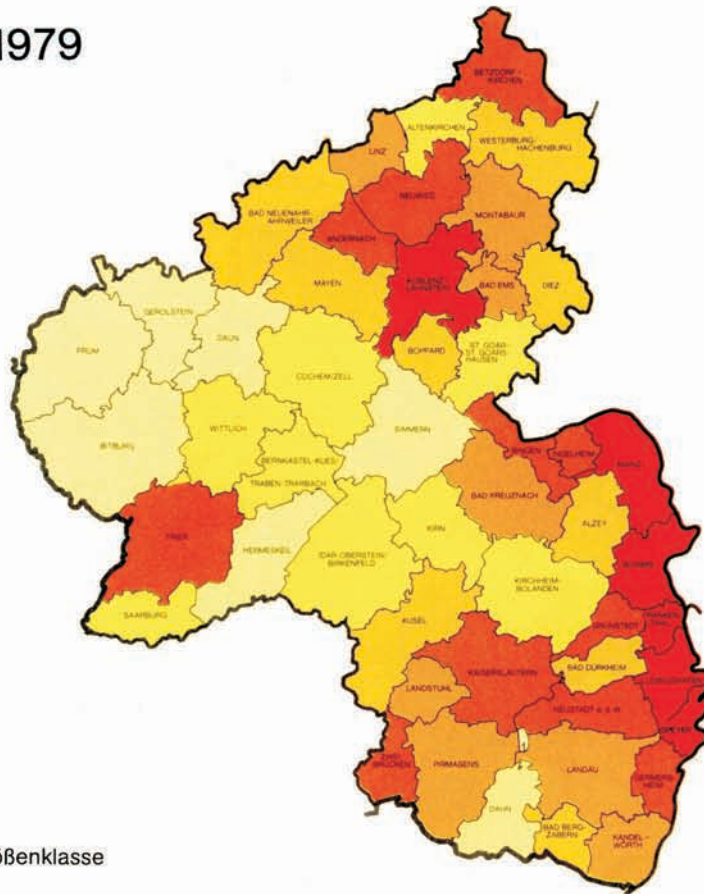
Bevölkerungsdichte 1979

in den Mittelbereichen

7	bis - 80 E/km ²
9	80 - 120 "
9	120 - 160 "
8	160 - 220 "
11	220 - 300 "
6	> 300 "

7 Anzahl der Mittelbereiche je Größenklasse

Landesdurchschnitt = 183 E/km²



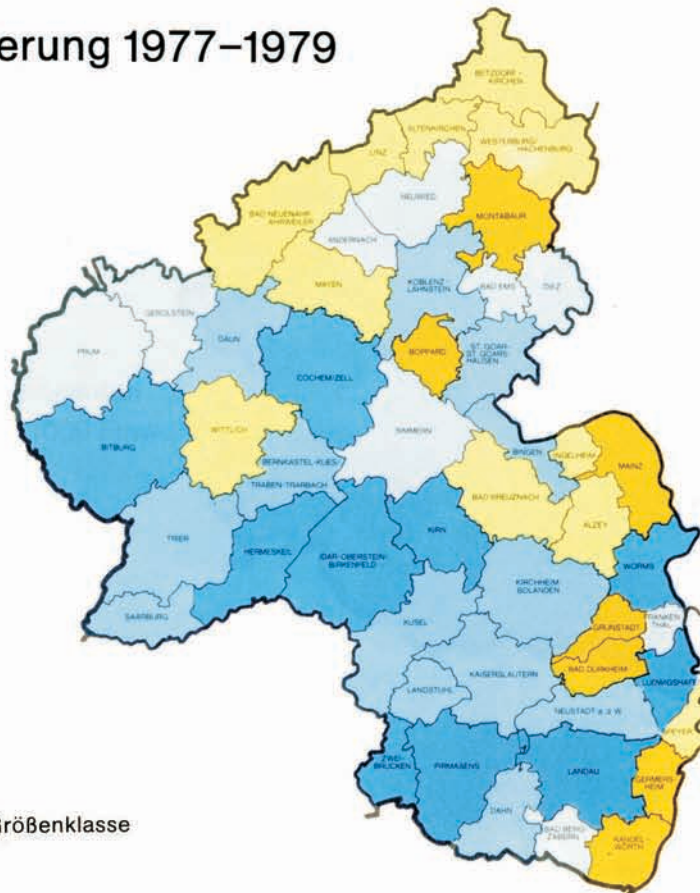
Bevölkerungsveränderung 1977-1979

in den Mittelbereichen

7	+0,9 bis +2,8%
11	0,0 " +0,9%
9	0,0 " -0,5%
13	-0,5 " -1,2%
10	-1,2 " -2,2%

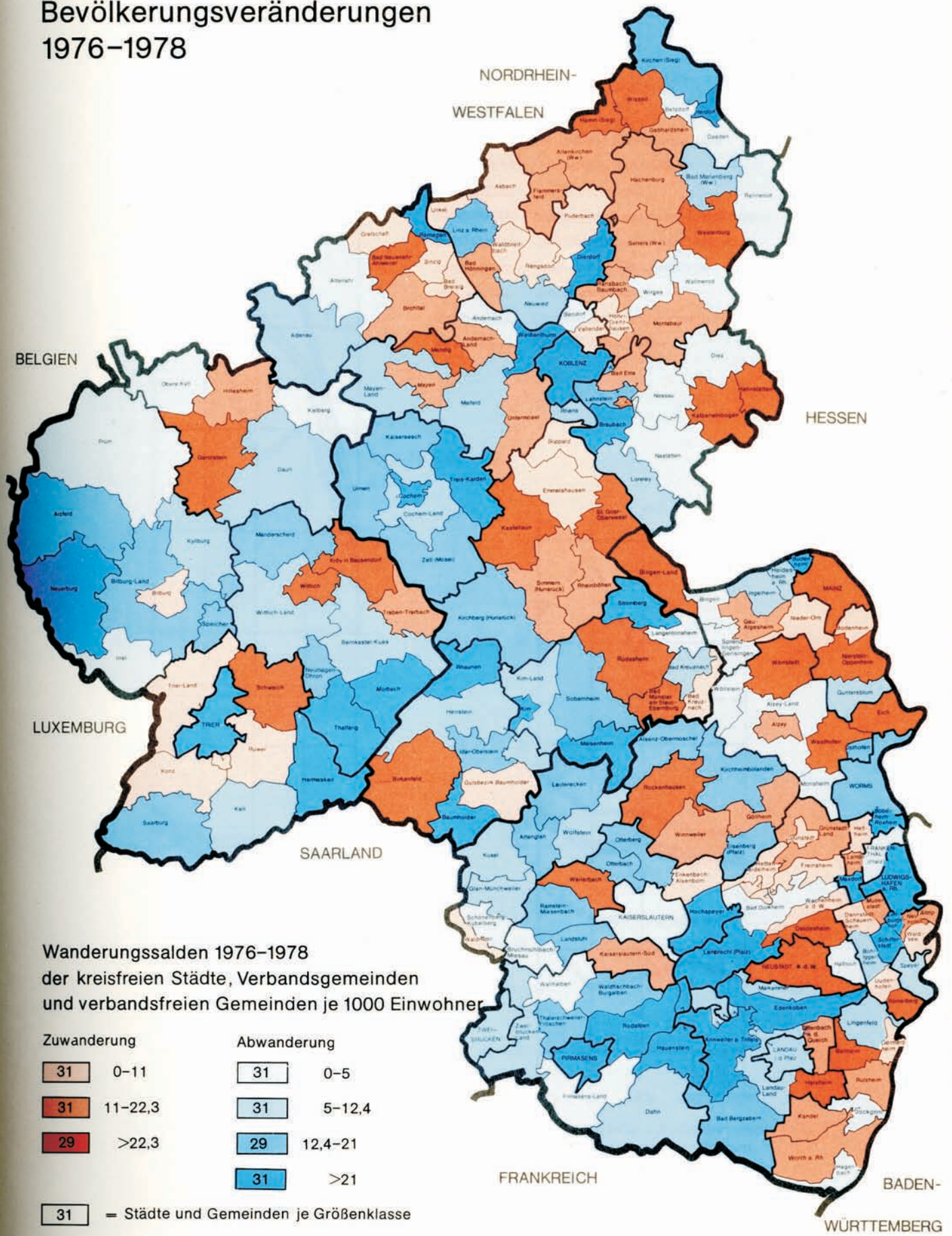
10 Anzahl der Mittelbereiche je Größenklasse

Landesdurchschnitt = -0,5%



RHEINLAND-PFALZ

Bevölkerungsveränderungen 1976-1978



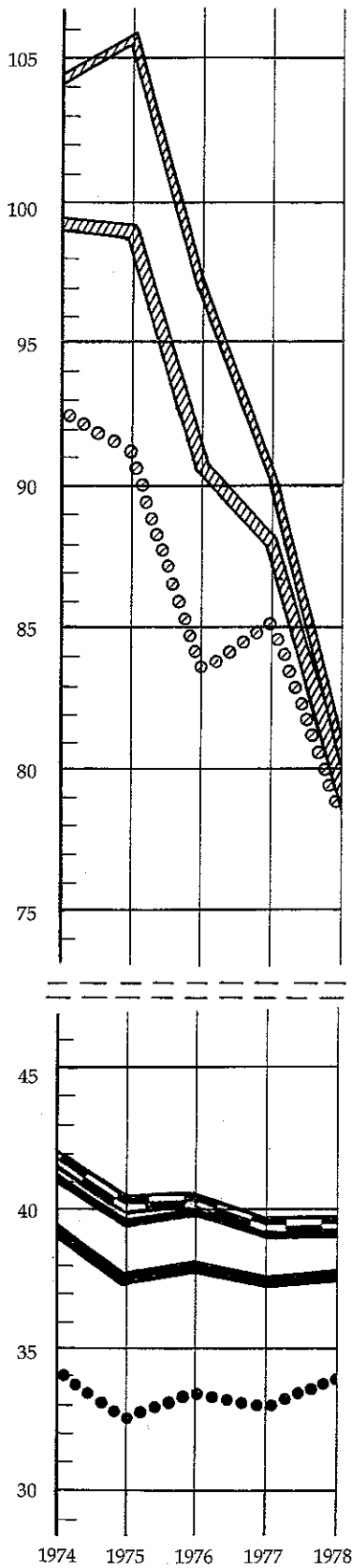
Wanderungssalden 1976-1978
der kreisfreien Städte, Verbandsgemeinden
und verbandsfreien Gemeinden je 1000 Einwohner

Zuwanderung		Abwanderung	
31	0-11	31	0-5
31	11-22,3	31	5-12,4
29	>22,3	29	12,4-21
31		31	>21
31	= Städte und Gemeinden je Größenklasse		

Abb.: 1

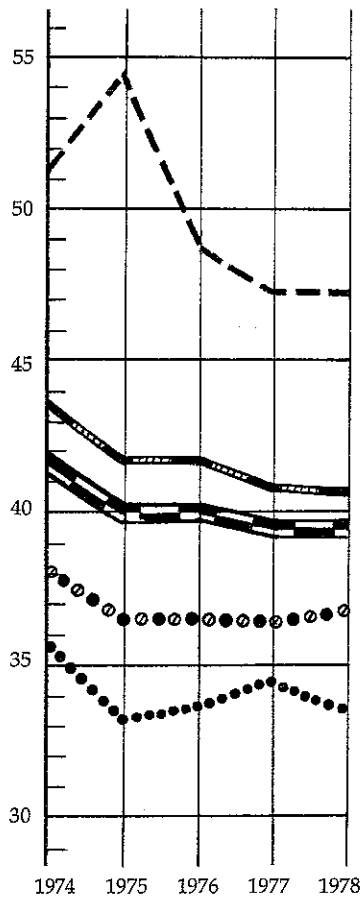
Entwicklung der Geburtenhäufigkeit *)

1974 bis 1978



Deutsche bzw. Ausländerinnen in den kreisfreien Städten und Landkreisen

Durchschnitt (Deutsche und Ausländerinnen) in den kreisfreien Städten und Landkreisen



*) Lebendgeborene auf 1000 der 15- bis 49jährigen deutschen und ausländischen Frauen

mit -39 und der Region Rheinpfalz (ohne Stadt Worms) mit -14. Positive Wanderungssalden verzeichneten dagegen die Regionen Mittelrhein-Westerwald (+28) und Rheinhessen-Nahe (+20).

Die hohe Mobilität der Ausländer hatte wiederum entscheidenden Anteil an den beobachteten Wanderungssalden. Die Wanderungsentscheidungen ausländischer Arbeitnehmer sind überwiegend konjunkturell bestimmt, wie sich insbesondere in den Jahren 1977 und 1978 gezeigt hat.

So übertrafen im Jahre 1977 die Fortzüge von Ausländern über die Landesgrenze die Zuzüge noch um 1129; als sich jedoch die konjunkturellen Auftriebskräfte 1978 verstärkten, ergab sich für die Ausländer ein Wanderungsgewinn in Höhe von 2009, während bei der deutschen Bevölkerung noch ein Abwanderungsüberschuß von 720 zu verzeichnen war. Regional wirken sich die Ausländerwanderungen am stärksten in den Regionen Rheinhessen-Nahe und Rheinpfalz aus, weil hier der Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung über dem Landesdurchschnitt liegt. Während der positive Wanderungssaldo der Region Rheinhessen-Nahe (1505) im Berichtszeitraum zu mehr als einem Drittel auf den Zuwanderungsüberschuß der Ausländer (616) zurückzuführen ist, erklärt sich der Wanderungsverlust der Region Rheinpfalz (1068) etwa zur Hälfte aus dem Abwanderungsüberschuß der Ausländer (537). Dagegen sind die negativen Wanderungssalden der Regionen Trier (1854) und Westpfalz (2842) hauptsächlich durch Wanderungsverluste der deutschen Bevölkerung in Höhe von 2369 bzw. 2680 verursacht.

Die Region Mittelrhein-Westerwald verzeichnete in beiden Berichtsjahren einen Zuwanderungsüberschuß von Deutschen, der sich auf insgesamt 2737 Personen belief.

Bevölkerungsentwicklung in Abhängigkeit von der Raumstruktur

In den Jahren 1977 und 1978 ist die Bevölkerungszahl in den Verdichtungsräumen und ihren Randzonen – zusammen als Ordnungsräume bezeichnet – um 0,5% zurückgegangen. Damit entspricht der Bevölkerungsrückgang in den Ordnungsräumen dem Landesdurchschnitt.

Die Entwicklung der Wanderungen deutet darauf hin, daß die Anziehungskraft der Verdichtungsräume und ihrer Randzonen nachgelassen hat (vgl. Tab. 3).

Tabelle 3: Wanderungssalden 1970–1978 in Abhängigkeit von der Raumstruktur

Gebiet	1970–1973		Wanderungssaldo 1974–1976		1977–1978	
	Anzahl	je 1000 Einwohner	Anzahl	je 1000 Einwohner	Anzahl	je 1000 Einwohner
1. Verdichtungsräume	35310	+37,2	-8900	-9,2	-5611	-5,9
2. Randzonen um die Verdichtungs- räume	6479	+19,5	955	+2,8	3289	9,8
3. Ordnungsräume (= Verdichtungs- räume und ihre Randzonen)	41789	+32,6	-7945	-6,1	-2322	-1,8
4. Sonstige Gebiete	28955	+12,2	-15511	-6,5	1248	0,5
5. Land Rheinland-Pfalz	70744	+19,3	-23456	-6,4	-1074	-0,3

Nachdem die Ordnungsräume zwischen 1970 und 1976 auf 1000 Einwohner bezogen etwa doppelt so hohe Wanderungsgewinne wie im Landesdurchschnitt aufgewiesen hatten, stellten sich in diesen Gebieten im Berichtszeitraum überdurchschnittliche Wanderungsverluste ein, während sich in den übrigen Gebietsteilen des Landes ein, wenn auch geringer Wanderungsgewinn ergab. Innerhalb der Ordnungsräume hat sich die schon seit einigen Jahren zu beobachtende Bewegung vom Kern der Verdichtungsräume zu den Randzonen fortgesetzt. Während die Verdichtungsräume 1977/78 erneut fühlbare Wanderungsverluste hinnehmen mußten (-5,9 je 1000 Einwohner), verzeichneten die Randzonen einen wachsenden Zuwanderungsüberschuß (+9,8).

Als Fazit ist festzustellen, daß der Verdichtungsprozeß zunächst zum Stillstand gekommen ist, wobei anhaltende Bevölkerungsverluste der Zentren weitgehend von den Randzonen um die Verdichtungsräume aufgefangen werden.

Bevölkerungsentwicklung in den zentralen Orten

Die Tendenz zur Wahl des Wohnstandorts im Umland der Städte dürfte auch eine wesentliche Ursache für die überdurchschnittlichen Bevölkerungsverluste der Oberzentren (-1,5%) und der Mittelzentren (-0,8%) im Berichtszeitraum darstellen. Daneben spielt hierbei die niedrigere Geburtenhäufigkeit in den Städten, verbunden mit entsprechend höheren Sterbeüberschüssen, eine Rolle. Relativ günstig verlief dagegen die Entwicklung in den Unterzentren (-0,5%) und den Kleinzentren, die mit einer Bevölkerungsabnahme von 0,2% unter dem Landesdurchschnitt (-0,5%) blieben.

Die für den längerfristigen Zeitraum bis 1990 erstellte **Vorausschätzung der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung** des Landesentwicklungsprogramms soll nur die Grundrichtung der künftigen Entwicklung aufzeigen. Kurzfristige konjunkturelle oder auch zufallsbedingte Schwankungen bei den Wanderungen sollten sich darin nicht niederschlagen.

Nach dieser Prognose ist auch künftig damit zu rechnen, daß sich die seit 1974 rückläufige Entwicklung der Einwohnerzahl des Landes fortsetzen wird. Bis 1990 wird die Wohnbevölkerung des Landes gegenüber Ende 1978 um rund 210 000 auf 3,42 Mio Einwohner absinken.

Hauptursache dieser Entwicklung sind die seit Beginn der siebziger Jahre auftretenden **negativen Geburtensalden**, die bis 1983 von derzeit 10 000 auf 13 000 jährlich im Lande anwachsen, danach bis 1988 etwas zurückgehen, um dann ab 1990 auf mehr als 14 000 jährlich anzusteigen. Maßgeblich hierfür ist vor allem das **veränderte generative Verhalten** der Bevölkerung, das sich bei einer Kinderzahl von 1,5 pro Ehe einzupendeln scheint und lediglich wegen der starken Geburtenjahrgänge bis Mitte der sechziger Jahre im Zeitraum zwischen 1982 und 1990 eine Erhöhung der Geburten insgesamt ergeben dürfte. Jedoch wird bei gleichbleibenden Sterbewahrscheinlichkeiten die zunehmende Überalterung der Bevölkerung zu einem Anstieg der Zahl der Sterbefälle führen.

Eine Ausgleich der negativen Geburtensalden durch Wanderungsgewinne ist im Prognoseabschnitt nicht zu erwarten, da nur für kurze Zeitabschnitte mit einem geringen Übersteigen der Zuzüge über die Fortzüge zu rechnen sein wird¹⁾.

Die eigentliche **Problematik des Bevölkerungsrückgangs liegt in zu erwartenden tiefgreifenden Veränderungen der Altersstruktur der Bevölkerung** begründet (s. Abb. 2).

Wesentliche Ver-
änderungen im
Altersaufbau

Bei rückläufiger Gesamtbevölkerung wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, also die Personen von 15 bis unter 65 Jahren, bis 1990 über dem Basiswert von 1977 bleiben. Der von der Zunahme dieses potentiellen Arbeitskräfteangebots ausgehende Druck auf den Arbeitsmarkt wird wohl 1984 am stärksten sein, wenn sich rund 4 % mehr Erwerbstätige als heute um eine voraussichtlich nicht wesentlich höhere Zahl von Arbeitsplätzen bewerben.

Für die **Bevölkerung im Rentenalter** von 65 und mehr Jahren zeigt sich ein wellenförmiger Verlauf an. Nach einer Zunahme bis 1979/1980 um ca. 3 % ist mit einem Rückgang bis 1984 auf 97 % des Ausgangswertes zu rechnen. Ab dann ist eine stetige Zunahme dieser Altersgruppe über die neunziger Jahre hinaus zu erwarten. Dabei steigt der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe an der Gesamtbevölkerung von 15,3 % im Jahre 1977 bis auf 16,5 % im Jahre 1990 an.

Der Bevölkerungsrückgang ist bis 1990 vor allem durch den Rückgang der Zahl der Kinder und Jugendlichen bedingt.

Die Zahl der Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren, die sog. Kindergartenbevölkerung, verringert sich weiterhin bis 1984 um ca. 15 % gegenüber dem heutigen Stand, um dann bis 1990 vorübergehend wieder bis auf 95 % der jetzigen Kindergartenbevölkerung heranzukommen.

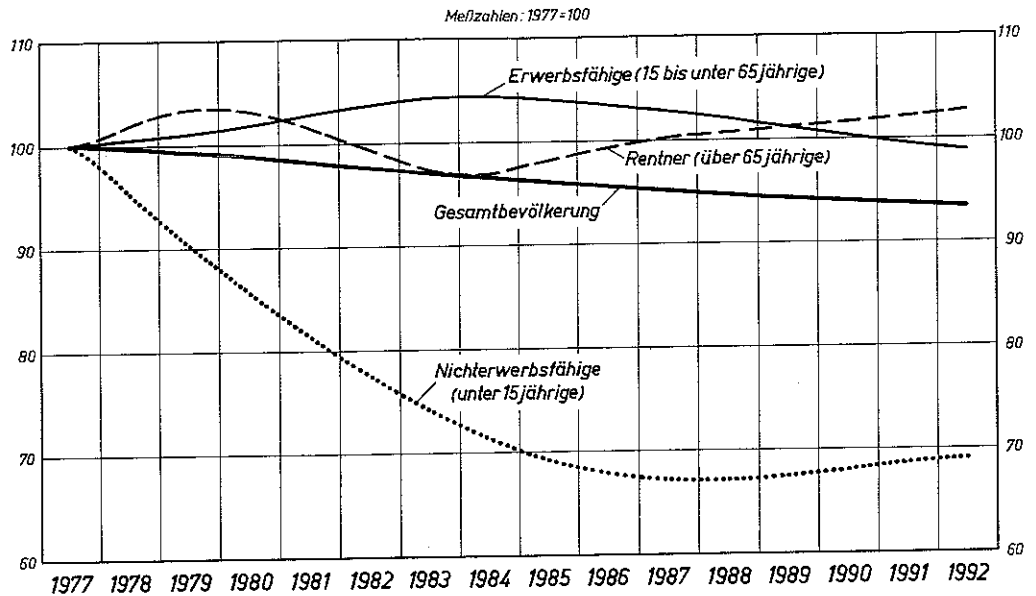
Die Anzahl der **Kinder im Grundschulalter** zwischen 6 und 10 Jahren wird bis 1987 sogar auf 61 %, bis 1990 auf 63 % des heutigen Standes zurückgehen.

An **Kindern im Alter von 10 bis unter 16 Jahren**, die den Sekundarbereich I von Haupt-, Realschulen und Gymnasien besuchen, werden bis 1988 nur noch ungefähr die Hälfte ihrer heutigen Zahl im Lande sein, ihre Zahl fällt auch danach weiter ab.

¹⁾ Näheres zur Bevölkerungsprognose s. Landesentwicklungsprogramm

Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen und nichterwerbsfähigen Alter 1977-1992

(Prognoseergebnisse mit Berücksichtigung der Wanderungsbewegung)



Wohnbevölkerung im Kindergarten-, Schul- und Studienalter 1977-1992

(Prognoseergebnisse mit Berücksichtigung der Wanderungsbewegung)

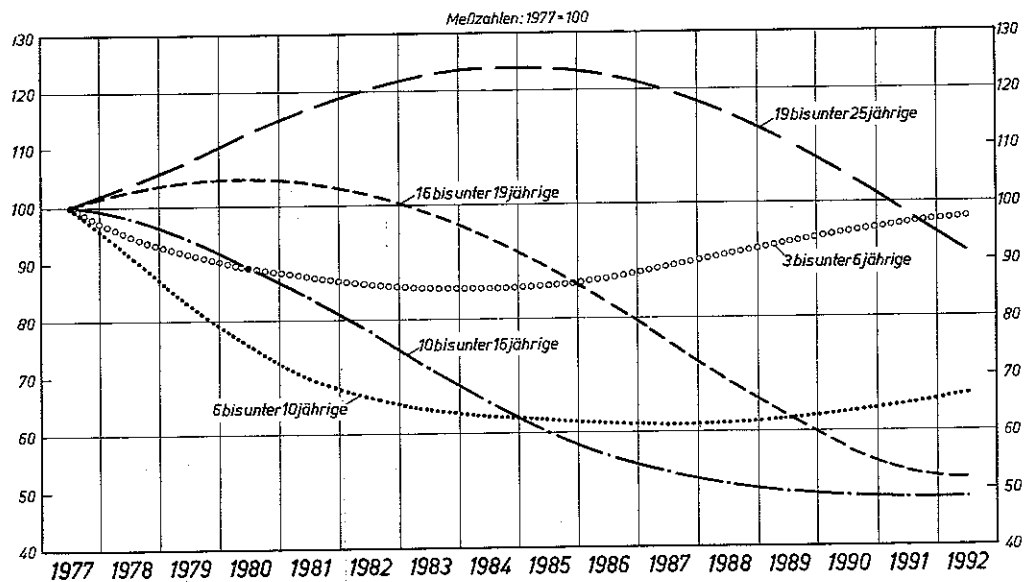


Abb. 2: Wohnbevölkerung

Nach kurzfristigem Anstieg bis 1980 um ca. 5% erreicht die Zahl der 16- bis unter 19-jährigen, die in der Regel die Sekundarstufe II weiterführender Schulen besuchen oder eine Lehrstelle besetzen, in den Jahren 1982/83 wieder ihre Ausgangslage, um dann bis 1990 auf etwa 57% ihrer heutigen Größenordnung abzunehmen.

Die 19- bis unter 25-jährigen, die als gut ausgebildeter Nachwuchs auf den Arbeitsmarkt drängen oder eine Ausbildung an den Hochschulen anstreben, nehmen dagegen zahlenmäßig bis 1984/85 um 24 % zu. Nach anschließendem Abwärtstrend könnte sich der heutige Ist-Wert in den Jahren 1990/91 wieder einstellen.

2.2 Langfristige Auswirkungen des Geburtenrückgangs

Die in den Raumordnungsberichten 1975 und 1977 veröffentlichten Modellrechnungen zur langfristigen Bevölkerungsentwicklung sind auf der Basis der am 31. 12. 1977 im Lande wohnenden Bevölkerung aktualisiert worden. Die Ergebnisse dieser Neuberechnung bestätigen, daß langfristig bei gegenüber heute unverändertem generativem Verhalten der Bevölkerung mit einem erheblichen Rückgang der Einwohnerzahlen bei gleichzeitig wachsender Überalterung der Wohnbevölkerung zu rechnen ist.

Bei gleichbleibenden Geburten- und Sterbewahrscheinlichkeiten und ausgeglichener Wanderungsbilanz würde die Einwohnerzahl des Landes bis zum Jahre 2000 auf 3,43 Mio, d. h. auf etwa den Stand von 1961, bis zum Jahre 2030 auf 2,67 Mio, d. h. etwa den Stand Mitte der zwanziger Jahre, und bis zum Jahre 2050 auf 2,1 Mio, d. h. auf ca. 57 % des heutigen Standes absinken. Der Anteil der über 65jährigen würde von derzeit 15,3 % über 18,9 % im Jahre 2000 auf 25,7 % im Jahre 2030 steigen (Tabelle 4).

Tabelle 4: Langfristige Entwicklung der Wohnbevölkerung in Rheinland-Pfalz bei konstanter Geburtenhäufigkeit und ausgeglichener Wanderungsbilanz 1977-2050

Jahr	Bevölkerung am 31. 12.		Bevölkerungsabnahme gegenüber 1977	
	Anzahl (i. T.)	Meßzahl: 1977 = 100	Anzahl (i. T.)	%
1977	3639	100,0	-	-
2000	3434	94,4	205	5,6
2030	2677	73,6	962	26,4
2050	2058	56,6	1581	43,4

Neuere Vergleichsrechnungen auf Bundesebene wurden aufgrund eines Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz von Oktober 1976 in Zusammenarbeit von Bund und Ländern durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, daß Ausmaß und Problematik des Geburtenrückgangs bundesweit ähnlicher Natur sind wie in Rheinland-Pfalz (Tab. 5). Die Ergebnisse dieser Modellrechnungen werden derzeit von der Ministerkonferenz für Raumordnung und den übrigen Fachministerkonferenzen auf ihre möglichen Konsequenzen für die einzelnen Fachbereiche untersucht; ein Bericht an die Ministerpräsidentenkonferenz soll 1980 vorgelegt werden.

Vergleichsrechnungen auf Bundesebene

Tabelle 5: Langfristige Entwicklung der Gesamtbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland bei konstanter Geburtenhäufigkeit und ausgeglichener Wanderungsbilanz 1977-2050

Jahr	Bevölkerung am 1. 1.		Anteil der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung		
	Anzahl (i. T.)	Meßzahl: 1977 = 100	unter 19 Jahre	19-65 Jahre	65 Jahre und älter
			%	%	%
1977	61 439	100,0	26,8	58,3	14,9
1990	59 211	96,4	20,3	65,4	14,3
2000	56 959	92,7	20,6	64,4	15,0
2030	44 304	72,1	17,9	59,9	22,2
2050	34 545	56,2	18,0	60,5	21,5

2.3 Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

Bruttoinlandsprodukt als Maßstab

Umfassender Maßstab für die Wirtschaftskraft des Landes und seiner Regionen ist das **Bruttoinlandsprodukt**. Es stellt die Summe aller in einem bestimmten Zeitraum produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter dar.

Die Bewertung zu Marktpreisen schließt indirekte Steuern und Abschreibungen ein. Insbesondere die indirekten Steuern können den regionalen Leistungsvergleich für kleinere Gebietseinheiten stören, wenn Wirtschaftszweige, deren Produktionswert einen hohen Anteil indirekter Steuern aufweist, wie die Mineralölverarbeitung oder die tabakverarbeitende Industrie, in einzelnen Gebieten überdurchschnittlich zum Bruttoinlandsprodukt beitragen.

Die Jahre 1977 und 1978 waren von einer verhaltenen Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivitäten geprägt. Zwar wiederholte sich nicht der 1974/75 bundesweit eingetretene Konjunkturerbruch, doch war die 1976 einsetzende Erholung nur von kurzer Dauer. Bereits ab der Jahresmitte 1976 ließen die Auftriebskräfte in der Industrie wieder nach, was sich in einer niedrigen realen Zuwachsrate des rheinland-pfälzischen Bruttoinlandsprodukts niederschlug (1977: +2,2%, 1978: +2,0%). Erst in der zweiten Jahreshälfte 1978 zeichnete sich ein **konjunktureller Aufschwung** ab, der sich in der **ersten Hälfte des Jahres 1979** zunehmend **verstärkte** und ein besseres wirtschaftliches Resultat für dieses Jahr erwarten läßt. Dies ist sowohl auf die gute Baukonjunktur im Lande als auch auf den günstigen Geschäftsverlauf in einer ganzen Reihe von Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie zurückzuführen.

Das **nominale Bruttoinlandsprodukt** belief sich 1978 in Rheinland-Pfalz auf 18540,— DM je Einwohner. Bereinigt von den zwischenzeitlich eingetretenen Preissteigerungen hat sich der **Pro-Kopf-Wert seit 1970 um 24 % erhöht**; damit lag das Wirtschaftswachstum in Rheinland-Pfalz etwas über dem Bundesdurchschnitt (+22%).

Tabelle 6: Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Preisen von 1970

Jahr	Bundesgebiet	Rheinland-Pfalz	Abstand zum Bundesgebiet in % ¹⁾	Rangziffern ²⁾
	Wert in DM	Wert in DM		
	1	2	3	4
1960	16440	14030	-14,7	8
1961	17040	14370	-15,7	8
1962	17730	15140	-14,6	8
1963	18220	16250	-10,8	7
1964	19420	17230	-11,3	7
1965	20400	18320	-10,2	7
1966	20980	19060	- 9,2	6
1967	21650	19980	- 7,7	5
1968	22990	21070	- 8,4	5
1969	24410	23070	- 5,5	5
1970	25550	24290	- 4,9	4
1971	26300	25520	- 3,0	4
1972	27320	26930	- 1,4	4
1973	28590	28140	- 1,6	4
1974	29290	29100	- 0,6	3
1975	29690	29290	- 1,3	3
1976 ³⁾	31630	31260	- 1,2	3
1977 ³⁾	32500	32140	- 1,1	3
1978 ³⁾	33310	32630	- 2,0	3

¹⁾ Bundesgebiet = 100

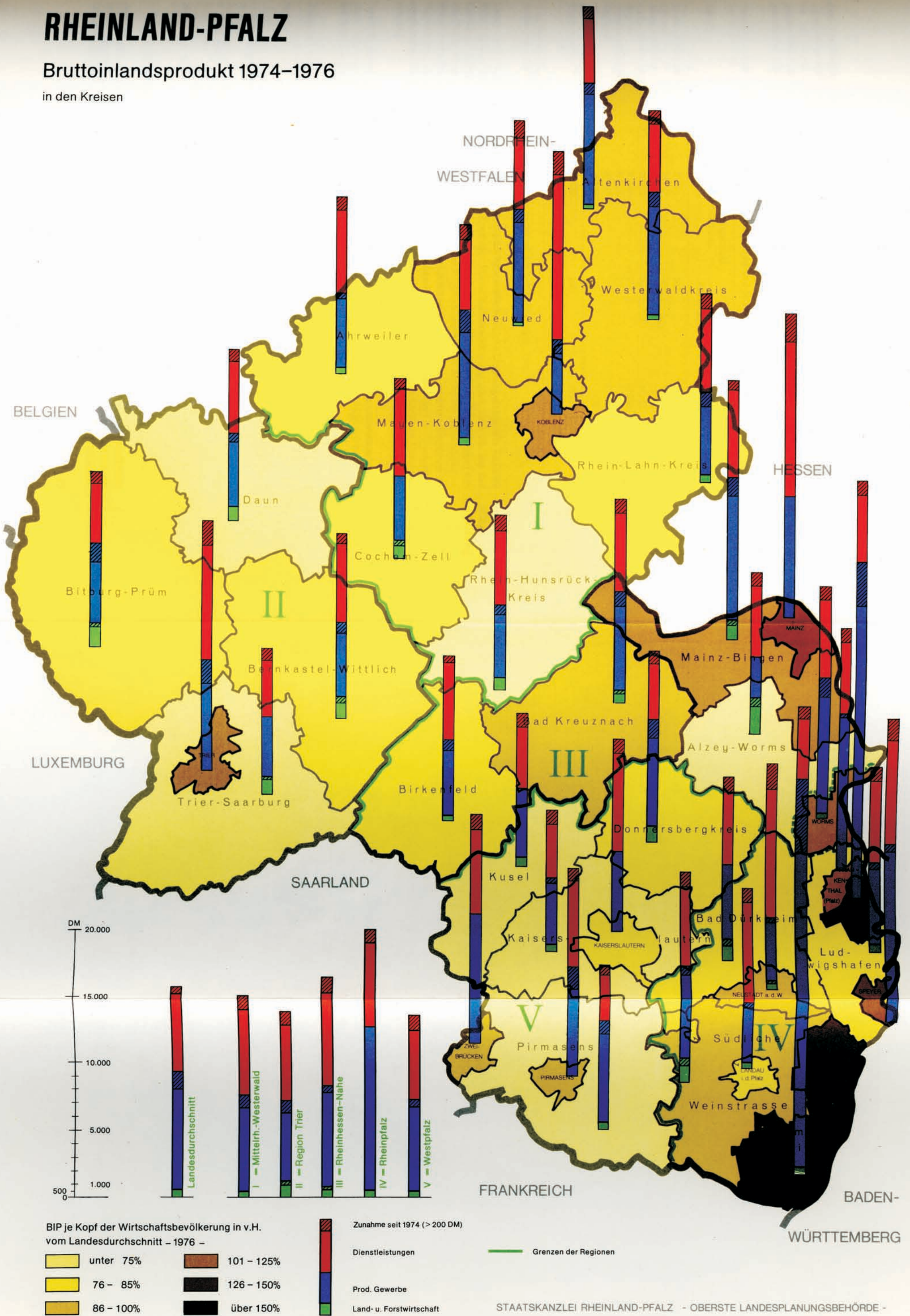
²⁾ Unter den 8 Flächenländern im Bundesgebiet

³⁾ = vorläufige Angabe

RHEINLAND-PFALZ

Bruttoinlandsprodukt 1974-1976

in den Kreisen



BIP je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung in v.H. vom Landesdurchschnitt - 1976 -

unter 75%	101 - 125%
76 - 85%	126 - 150%
86 - 100%	über 150%

Zunahme seit 1974 (> 200 DM)

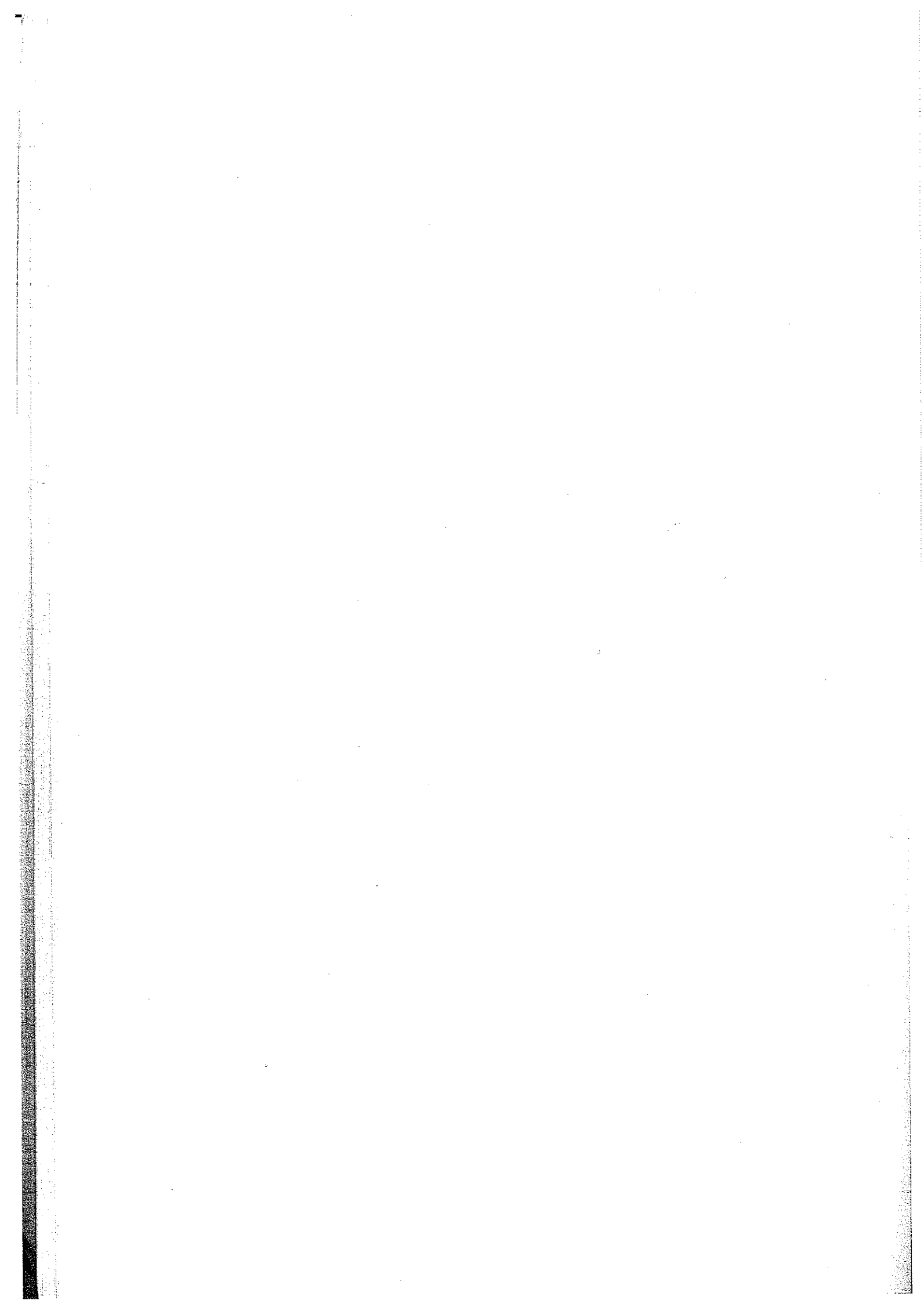
Dienstleistungen

Prod. Gewerbe

Land- u. Forstwirtschaft

Grenzen der Regionen

STAATSKANZLEI RHEINLAND-PFALZ - OBERSTE LANDESPLANUNGSBEHÖRDE -



Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, die durchschnittliche wirtschaftliche Leistung der unmittelbar am Wirtschaftsprozess Beteiligten, ist ein Maßstab für die gesamtwirtschaftliche Produktivität. Mit einem realen Pro-Kopf-Wert¹⁾ von DM 32 630,— lag **Rheinland-Pfalz auch im Jahre 1978 an dritter Stelle** unter den Flächenländern. Die Produktivitätsentwicklung seit 1970 ist mit + 34 % sogar die zweitbeste unter allen Bundesländern gewesen (Bundesdurchschnitt: + 30 %).

Überdurchschnittlich günstige Produktivitätsentwicklung

Tabelle 7: Reales Bruttoinlandsprodukt¹⁾ je Erwerbstätigen und je Einwohner 1978 in den Flächenländern

Land ²⁾	Bruttoinlandsprodukt ¹⁾ je Erwerbstätigen		je Einwohner DM
	DM	1960 = 100	
Nordrhein-Westfalen	35760	201	13594
Hessen	34220	205	14257
Rheinland-Pfalz	32630	233	12166
Baden-Württemberg	32290	206	14416
Bayern	30560	212	13288
Schleswig-Holstein	30420	190	11065
Saarland	30350	186	11620
Niedersachsen	30170	196	11786
Bundesgebiet	33310	203	13667

¹⁾ In Preisen von 1970

²⁾ Geordnet nach der Höhe des realen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen 1978

Unter den fünf Regionen besitzt die **Rheinpfalz die höchste wirtschaftliche Leistungsfähigkeit**. Im Jahre 1976 lag hier das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung (das sind die an der Leistungserstellung in einem Gebiet beteiligten Erwerbstätigen einschließlich ihrer Angehörigen) **um ein Drittel über dem Landesdurchschnitt**. Während die Region Rheinhessen-Nahe ebenfalls noch eine überdurchschnittliche Wirtschaftskraft aufweist, **unterschreiten die strukturschwachen Regionen im Westen des Landes, Westpfalz und Trier, deutlich den Landesdurchschnitt**. Besonders problematisch erscheint die Situation in der Region Westpfalz, die weiterhin nur knapp vier Fünftel des Landeswertes erreicht.

Regionale Disparitäten leicht rückläufig

Deutlich wird der Förderungseffekt in der **Region Trier**, die trotz der ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen ihren **Entwicklungsrückstand etwas verringern** konnte und 1976 nur noch um ein Sechstel unter dem Landesdurchschnitt lag.

Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung in den Regionen 1976

Region	DM	Abstand zum Landesdurchschnitt in %	
	1976	1974	1976
1. Mittelrhein-Westerwald	15450	-10,1	- 9,4
2. Trier	14210	-19,3	-16,7
3. Rheinhessen-Nahe	17780	6,7	4,3
4. Rheinpfalz ¹⁾	22790	33,3	33,7
5. Westpfalz	13460	-20,5	-21,1
Rheinland-Pfalz	17050	-	-

¹⁾ Ohne kreisfreie Stadt Worms

Die **Unterschiede** in der wirtschaftlichen Leistungskraft der einzelnen kreisfreien Städte und Landkreise lassen, von einigen Ausnahmen abgesehen, **zwei generelle Tendenzen** erkennen: Es besteht einmal ein Leistungsgefälle zwischen städtischen Zentren und ländlichen Gebieten, zum zweiten ist ein großräumi-